

**Sperrfrist:  
1. März 2006  
10.00 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort**



**Mediengespräch vom 1. März 2006  
Wachstumschancen im Postmarkt ergreifen**

### **Gesamtschau: Welche Postmarktpolitik braucht es?**

Dr. Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung, economiesuisse

Als grösster Abnehmer der Schweiz – rund 80 Prozent des Postverkehrs werden durch Geschäftskunden generiert – hat die Wirtschaft ein eminentes Interesse an effizienten und innovativen Postdienstleistungen. Die Wirtschaft setzt sich deshalb für eine rasche und vollständige Öffnung des Postsektors ein. Der grösste Nutzen liegt im vollen Wettbewerb zwischen den Dienstleistungsanbietern. In der Schweiz gibt es bereits Anzeichen, dass die Zufriedenheit der Kunden in liberalisierten Marktsegmenten wie der Paketpost gestiegen ist. Mit einem florierenden Postmarkt sind auch Arbeitsplätze bei den Postkonkurrenten sowie bei postnahen Sektoren verbunden.

Im internationalen Vergleich wurde der schweizerische Briefmarkt bisher nur sehr moderat und unzureichend geöffnet. Mit der Monopolsenkung auf lediglich 100 Gramm ab April 2006 werden die Kunden weiterhin gezwungen, rund 90 Prozent ihrer Briefsendungen über die Schweizerische Post abzuwickeln. Damit bleibt das Monopol grösstenteils erhalten. Während die Schweiz diesbezüglich zögert, steuern zahlreiche europäische Länder entschlossen auf eine vollständige Öffnung des Postmarktes zu. Die Schere zwischen der Schweiz und der EU öffnet sich weiter.

Um die Wachstumschancen im Postmarkt zu nutzen, präsentiert die Schweizer Wirtschaft in einem neuen Positionspapier konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung dieses Marktes. Die Position der Wirtschaft kann in vier Forderungen zusammengefasst werden.

Erstens befürwortet economiesuisse eine vollständige Öffnung des Postmarktes und erwartet dafür die rasche Vorbereitung der erforderlichen Rahmenbedingungen. In den letzten Jahren sind die Preise ständig gestiegen. Vor kurzem hat selbst der Preisüberwacher einen neuen Preisanstieg zugelassen. Um diese Tendenz zu stoppen, ist der Postmarkt für alle Wettbewerber zu öffnen und alle Wettbewerbsverzerrungen sind auszuschliessen. Dafür braucht es auch eine unabhängige, sektorale Regulierungsbehörde. Angesichts der sektorspezifischen Besonderheiten des Postmarktes – wie die Erhaltung eines Universaldienstes – ist die Weko zurzeit für dessen dauernde Aufsicht kaum geeignet. Jedoch ist eine spätere Übertragung der Postmarktaufsicht an die Weko durchaus denkbar.

Zweitens soll die vollständige Öffnung des Postmarktes mit einer Verwesentlichung des Universaldienstes einhergehen. Vorgeschlagen ist eine gezielte und subsidiäre Grundversorgung für alle Kunden. So unterstützt die Wirtschaft insbesondere eine Fokussierung auf adressierte Sendungen sowie den konsequenteren Einsatz von Agenturlösungen. In der Diskussion über die Finanzierung des Universaldienstes sollte nicht vergessen werden, dass eine vollständige Öffnung des Briefmarktes angesichts der sehr komfortablen Ertragsausgangslage die Grundversorgung nicht bedrohen dürfte.

Drittens fordert die Wirtschaft die Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung der bestehenden Postinfrastrukturen, um Markteintritte im Universaldienst zu erleichtern und damit den Verbleib einer faktischen Situation eines natürlichen Monopols zu verhindern. Erfahrungen in Ländern wie Schweden zeigen, dass eine komplette Marktöffnung noch keine hinreichende Garantie für einen effektiven Wettbewerb ist. Besonders in schwach besiedelten Randregionen ist wenig Wettbewerb zu erwarten. Damit ein landesweiter Wettbewerb stattfinden kann, fordert deshalb die Wirtschaft den möglichen Zugang zur postalischen «letzten Meile» für Wettbewerber der Schweizerischen Post zu fairen Konditionen. Hier ist die Sache bereits in Bewegung.

Schliesslich soll die Schweizerische Post von staatlichen Auflagen und politischen Fesseln befreit werden. Die Post benötigt einen möglichst grossen unternehmerischen Spielraum. Dazu ist eine Annäherung an die Verhältnisse der Privatwirtschaft nötig. Konkret bedeutet das einerseits eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und die Sicherstellung der Allianzfähigkeit. Andererseits sind Anpassungen bei den Leistungen der Pensionskasse sowie eine Abkehr vom Bundespersonalgesetz, aber weiterhin auch das Streben nach sozialpartnerschaftlichen Lösungen voranzutreiben. Nur so kann sich das Unternehmen rasch und innovativ dem Wettbewerb und den Kundenbedürfnissen auf Dauer stellen. Betriebswirtschaftlich ist es sinnvoll, wenn die Schweizerische Post weitere Aktivitäten entwickelt, um Verbundeffekte mit der bestehenden Infrastruktur zu erzielen. Die Umsetzung darf jedoch nur vorangetrieben werden, wenn jegliche Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der privaten Anbieter vermieden werden. Dazu braucht es eine ordnungs- und wettbewerbspolitisch klare Regelung für die parallele Führung von staatsfinanzierten Leistungen des Universaldienstes und privat zu finanzierenden Aktivitäten (Computerverkauf, Papeterie). Dies bedingt insbesondere ein verschärftes, überprüfbares Quersubventionierungsverbot. In diesem Zusammenhang sieht economiesuisse keinen Bedarf für eine staatliche Postbank, die aus Steuergeldern bzw. Monopolerlösen finanziert wird.

Mehr Wettbewerb, ein gezielter Universaldienst, die Kooperation mit der (lokalen) Wirtschaft und den Konkurrenten sowie mehr Spielraum für die Schweizerische Post, das sind die Anliegen der Wirtschaft zur weiteren Entwicklung der Postmarktpolitik.